



Alternativantrag zum Antrag nach § 37 GO.LT

Fraktion DIE LINKE

Strompreisexplosion stoppen - Wirtschaftsstandort sichern - EEG-Umlage abschaffen

Antrag Fraktion AfD - **Drs. 7/6540**

Der Landtag wolle beschließen:

Faire Lastenverteilung der Energiewende

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf der Bundesebene dafür einzusetzen:

1. Die unberechtigten Privilegien der Industrie bei der EEG-Umlage, den Netzentgelten und der Stromsteuer abzuschaffen;
2. die EEG-Umlage zu reduzieren, indem ein Teil der Zahlungsverpflichtungen an Ökostrombetreiber künftig aus dem Staatshaushalt finanziert wird;
3. die immissionsschutzrechtliche Privilegierung der Kohleverstromung aufzuheben;
4. die Netzentgelte bundesweit und über alle Netzebenen hinweg zu vereinheitlichen;
5. die Stromsteuer auf das von der Europäischen Union vorgegebene Minimum zu reduzieren;
6. Energieeinsparung und Energieeffizienz als elementare Bestandteile der Energiewende stärker in den Fokus zu nehmen;
7. ordnungsrechtliche Maßnahmen zu entwickeln, die Energieunternehmen zu mehr Transparenz bei der Strompreisbildung verpflichten.

(Ausgegeben am 08.09.2020)

Begründung

Die klimapolitisch unumgängliche Energiewende ist von Anfang an mit Zusatzkosten und Subventionen verbunden, um sie gegen die seit Jahrzehnten hochsubventionierten fossilen Energieträger und den Atomstrom wettbewerbsfähig zu machen. Allerdings wurden und werden diese Zusatzkosten nicht gerecht verteilt. So erhält die Industrie hohe Rabatte mit der Begründung, dass diese sonst angeblich in Länder abwandert, die weniger Umwelt- und Klimagesetze haben. Diese Vergünstigungen gehen jedoch zulasten der übrigen Stromkunden und schlugen im Jahr 2017 mit 23,6 % des Strompreises zu Buche. Dabei ist nur ein Teil dieser tatsächlich berechtigt.

Auch die Kosten für die Netzentgelte werden ungleich zwischen den Endverbrauchern verteilt. Auch hier gelten Rabatte für Industrieunternehmen. Hinzu kommt, dass insbesondere die Länder im Norden und Osten der Bundesrepublik mit einem hohen Anteil an Windenergie die Hauptlast der Energiewende tragen. Die Netzentgelte liegen zum Teil doppelt so hoch wie in Bayern und Nordrhein-Westfalen. Im Bundesschnitt liegen sie bei 25,6 % des Strompreises. Auch wenn die Angleichung der Netzentgelte für die Höchstspannungsebene bis zum Jahr 2023 erfolgen soll, löst sie etwa nur ein Drittel des Problems, weil die anderen Netzebenen nicht berücksichtigt werden.

Auch die Stromsteuer mit 7 % des Strompreises belastet Verbraucherinnen und Verbraucher. Dabei ließe der europäische Mindeststeuersatz eine Absenkung von derzeit 2,05 ct/kWh auf 0,1 ct/kWh zu.

Thomas Lippmann
Fraktionsvorsitzender